



24/SVV/1281

Antrag
öffentlich

Krisengipfel Stadtbäume

<i>Einreicher:</i> Fraktion Die Linke	<i>Datum</i> 19.11.2024
------------------------------------------	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 04.12.2024	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Krisengipfel Stadtbäume durchzuführen, mit dem Ziel die Stadtbäume und waldähnlichen Flächen in Potsdam zu erhalten. Dazu sollen gemeinsam - mit den relevanten Akteuren die Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und diskutiert werden. Die Ergebnisse sind in einem Potsdamer Konzept Stadtbäume zu dokumentieren und öffentlich zugänglich machen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist im 1. Quartal 2025 erstmalig und dann fortlaufend über das Ergebnis zu berichten.

Begründung:

Den Potsdamer Stadtbäumen geht es immer schlechter.

So erreichen uns Mitteilungen, dass bspw. in der SPSG trotz des bestehenden hohen Pflegestandards und -aufwandes in den nächsten 10 Jahren ca. 80 Prozent der Bäume in den Parks eingehen werden. Auch die Stadtverwaltung spricht von teilweise dramatischem Verlust an Stadtgrün, v.a. vor dem Hintergrund schrumpfender Finanzen und Personalmittel in der Verwaltung.

Im KUM wurde am 17.10.2024 mitgeteilt, dass allein für den Erhalt der abgehenden Bäume jährlich ca. 5 Mio Euro investiert werden müsste. Mittel, welche im kommunalen Haushalt auf absehbare Zeit leider wohl nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen werden. Es ist davon auszugehen, dass alle Baumbesitzer vor vergleichbaren Problemen stehen. Daher ist neben der AG Stadtbäume ein Krisengipfel mit allen Betroffenen – v.a. Bevölkerung, Baumbesitzer/Waldbesitzer, Baumpfleger, Umweltverbände, Stadtverwaltung, Landesbehörden/Landesämter, Stadtpolitik - notwendig.

Anlagen:

Keine